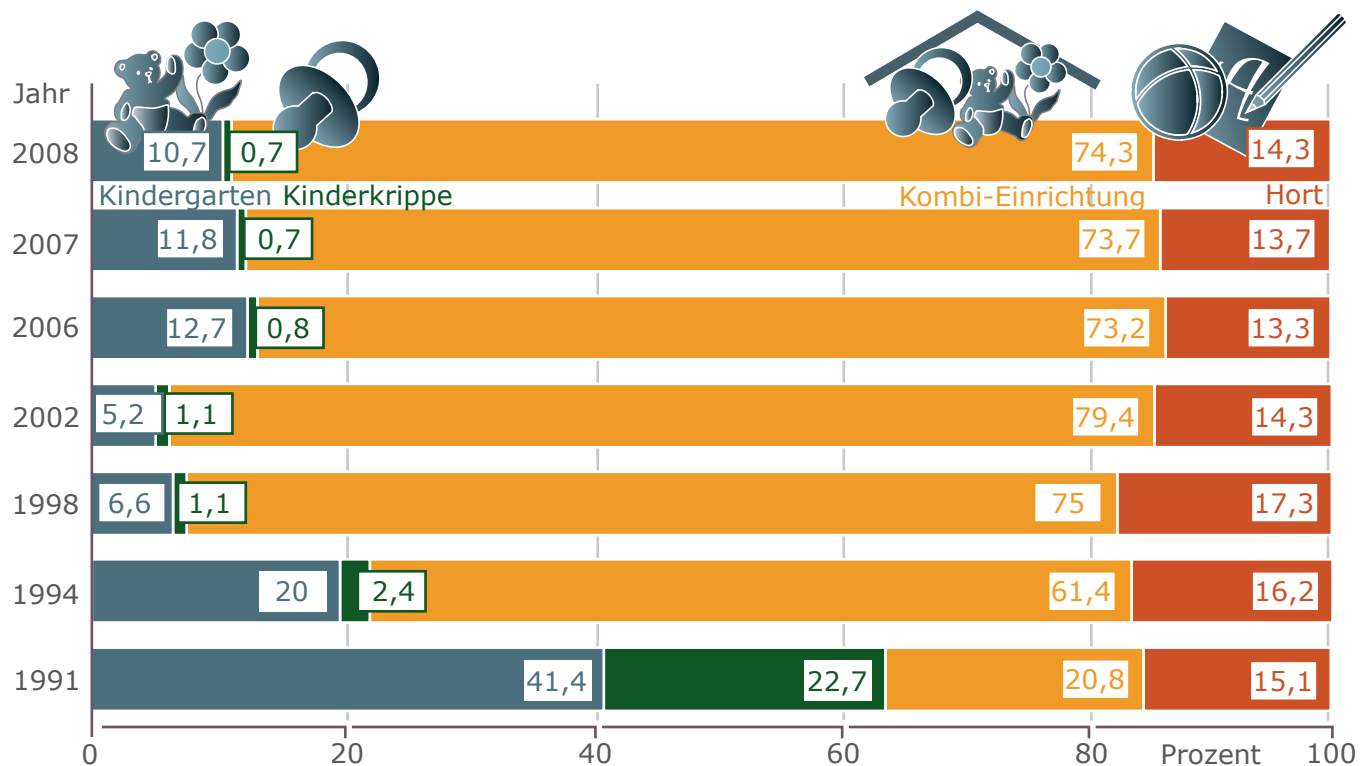




Kindertagesstätten und Kindererziehung in Ost- und Westdeutschland

Einrichtungen der Kindertagesbetreuung nach Betreuungsart in Ostdeutschland (ohne Berlin)
Angaben in Prozent

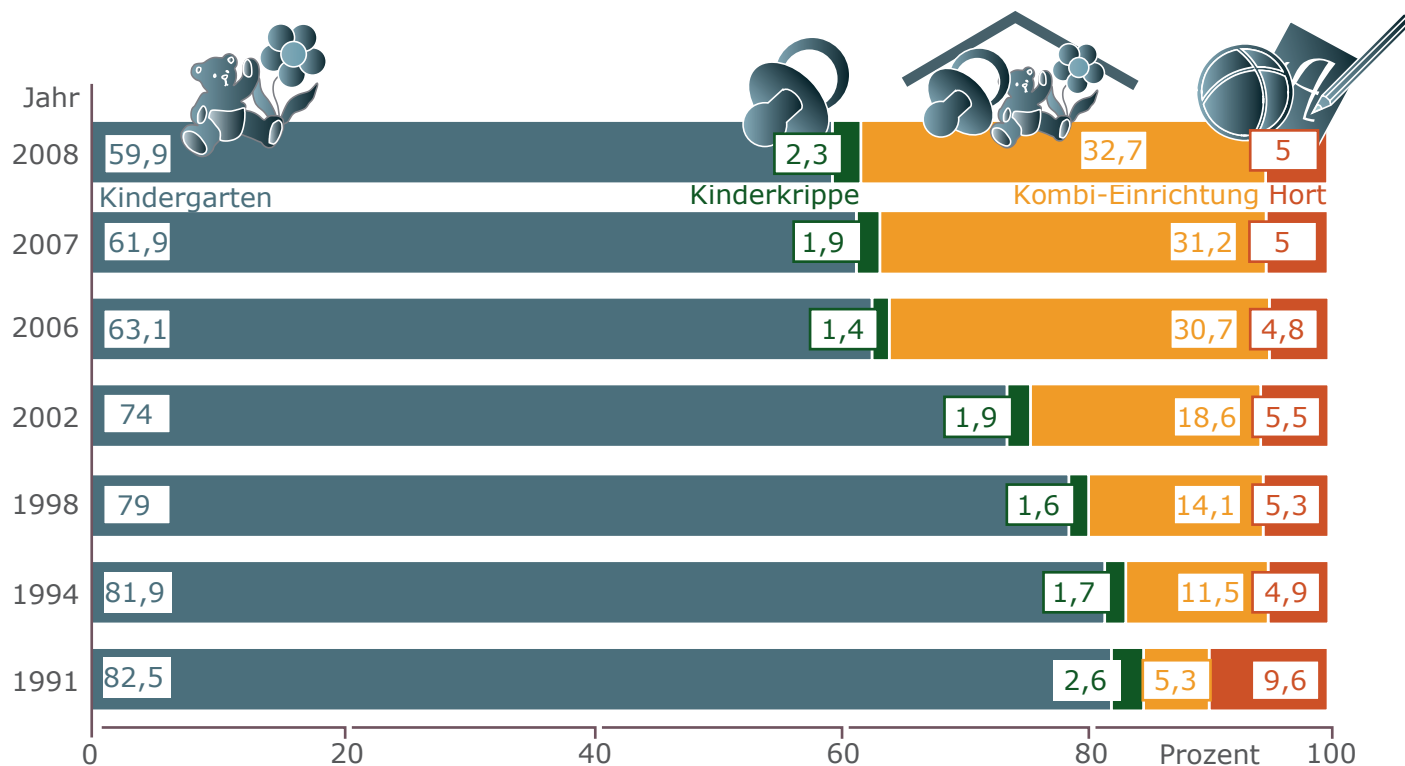


Quellen: Kindertagesbetreuung in Deutschland, Einrichtungen, Personal und Kosten, 1990 - 2002, Statistisches Bundesamt, 2004, S. 56 f., S. 60, Tabellen A1.2, A1.3
Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, 2006, 2007, 2008, Statistisches Bundesamt, jeweils Tab. LT1
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, www.bpb.de



Kindertagesstätten und Kindererziehung in Ost- und Westdeutschland

Einrichtungen der Kindertagesbetreuung nach Betreuungsart in Westdeutschland (ohne Berlin)
Angaben in Prozent



Quellen: Kindertagesbetreuung in Deutschland, Einrichtungen, Personal und Kosten, 1990 - 2002, Statistisches Bundesamt, 2004, S. 56 f., S. 60, Tabellen A1.2, A1.3
Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, 2006, 2007, 2008, Statistisches Bundesamt, jeweils Tab. LT1
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, www.bpb.de

■ Kindertagesstätten und Kindererziehung in Ost- und Westdeutschland

Kinderbetreuung und -erziehung in Ost- und Westdeutschland vor der Einigung

Ostdeutschland: Ideologisierte Erziehung im Gegensatz zu nichtoffiziellen Konzepten

Für die meisten DDR-Bürger war die Erziehung in staatlichen oder betrieblichen Kinderkrippen und Kindergärten eine Selbstverständlichkeit, auch wenn das nicht bedeutete, dass die Eltern unbedingt mit den staatlichen Erziehungszielen übereinstimmten. Im Vordergrund der staatlichen Politik stand einerseits die Einflussnahme auf die Erziehung und die Entwicklung der Kinder zu „allseitig und harmonisch entwickelten sozialistischen Persönlichkeiten“ und andererseits die dadurch ermöglichte Erwerbsbeteiligung der Mütter, weil in der DDR eine Situation des Arbeitskräftemangels herrschte. Beim Aufbau und der Entwicklung dieses Betreuungssystems berief sich die realsozialistische Diktatur auf die sozial- und bildungspolitischen Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung vor 1945. Hierzu gehörten neben der Forderung nach einheitlicher Bildung aller Kinder (Einheitsschulgedanke), beispielsweise aber auch die Forderung nach Mitbestimmung der Eltern und die Ablehnung der Vermittlung ideologischer Inhalte. Die beiden letzteren Ziele waren mit den erziehungspolitischen Zielen der SED-Diktatur jedoch unvereinbar. Aufgebaut wurde ein öffentliches Kindererziehungssystem welches als fester Bestandteil und unterste Stufe des allgemeinen Bildungssystems fungierte. Dieses System war vorherrschend geprägt durch Zentralisierung (alle wesentlichen die Kindertagesbetreuung und -erziehung betreffenden Entscheidungen wurden vom Ministerium für Volksbildung getroffen), Politisierung bzw. Ideologisierung (z. B. Indoktrinationsversuche durch pädagogische Propaganda, „Sozialistische Erziehung“ und Militarisierung durch Kriegsspiel-

zeug und NVA-Werbematerial) und Kollektivierung (in Form des Prinzips der Führung der Kinder durch die allgegenwärtige pädagogischen Fachkraft unter den Bedingungen des Lebens im Kollektiv, einhergehend mit der partiellen Zurückdrängung kindlicher Selbsttätigkeit). Diese auf den ersten Blick unheimlich anmutende staatliche Präsenz in der kindlichen Erziehung stellt jedoch nur die eine Seite der Erziehungsrealität in der untergegangenen DDR dar, denn die Persönlichkeitsentwicklung der heranwachsenden Kinder wurde wesentlich auch von inoffiziellen Erziehungskonzepten beeinflusst. Inoffizielle Bilder von Kindheit und Erziehung in den Köpfen der Erzieherinnen und Eltern trugen ganz wesentlich dazu bei, die Schattenseiten der „sozialistischen Erziehung“ teilweise zu korrigieren.

Westdeutschland: Pädagogische Vielfalt bei mangelnder Anschlussfähigkeit zur Grundschule

In der DDR beherrschten also der Einheitsschulgedanke und zahlreiche Indoktrinationsversuche die institutionelle Praxis in den Kindergärten. Gleichzeitig hatten inoffizielle Konzepte eine hohe Relevanz in der Praxis. In der Bundesrepublik wurde hingegen die alte Zuordnung zur Kinder- und Familienhilfe fortgesetzt und an eine Struktur mit freien Trägern angeknüpft, die es schon in der Weimarer Republik gab. Die Situation war hier außerdem gekennzeichnet durch die föderale Struktur und die konzeptionelle Vielfalt von (in erster Linie) reformpädagogischen Ansätzen. Zweitrangig blieb in diesem Zusammenhang lange Zeit das Bildungsmotiv. Erst Ende der 1960er bzw. zu Beginn der 1970er Jahre wurde im Zuge der Bildungsreform dem Kindergarten der Status als Elementar-



Kindertagesstätten und Kindererziehung in Ost- und Westdeutschland

Die Entwicklung seit der Einigung

bereich des Bildungswesens zuerkannt, wenn auch nur nominell. Denn bildungspolitisch und rechtlich ist der Kindergarten bis heute eine Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe.

Vollversorgung mit Kindergartenplätzen in Ostdeutschland, Verbesserung der Versorgung mit Kindergartenplätzen durch Rechtsanspruch in Westdeutschland

Mit einem fast flächendeckenden Versorgungsangebot für Kinder im Kleinst- Klein- und Schulkindalter, wie es für westdeutsche Verhältnisse unbekannt war, starteten die ostdeutschen Bundesländer 1990 in die deutsche Einheit. 1991 betrug die Platz-Kind-Relation bei Kleinstkindern hier beispielsweise noch 51 Prozent, während für Kinder im Kindergartenalter bereits vor der Wiedervereinigung fast eine Situation der Vollversorgung erreicht war (1991: 98 %). Zwischen 1991 und 1998 wurden in Ostdeutschland die Kinderkrippen- und Kindergartenplätze jedoch stark abgebaut. Die Gründe hierfür lagen sowohl auf der Nachfrage- wie auf der Angebotsseite. Einerseits verschwand mit der Abwicklung bzw. Zerschlagung der großen Industriekombinate und vieler Agrarfabriken sowie aufgrund kostenbedingter Rationalisierungsmaßnahmen in den Kommunen auch ein Teil der frühkindlichen Betreuungsangebote. Andererseits gingen die Geburtenzahlen in den ostdeutschen Ländern deutlich zurück. So verringerte sich die Zahl der neugeborenen Kinder innerhalb kurzer Zeit von knapp 200.000 im Jahr 1989 auf unter 100.000 Anfang und Mitte der 1990er Jahre. Im Jahr 2008 bildete Deutschland unter 27 EU-Staaten mit 8,2 Geburten pro 1.000 Einwohner das Schlusslicht. Experten gehen jedoch davon aus, dass die Geburtenrate in den nächsten Jahren

zumindest auf diesem niedrigen Niveau konstant bleiben wird. Der Abbau der Kindertagesstättenplätze in Ostdeutschland ging ebenfalls mit einem massiven Personalabbau einher. Von 162.000 Arbeitsplätzen im Jahr 1991 wurden bis ins Jahr 2002 rund 92.000 abgebaut.

Der demographische Wandel wächst mit den Alterskohorten gleichsam mit. Die Folge war in Ostdeutschland eine deutliche Verringerung der Kinder im Krippenalter bis in das Jahr 1994, dann der Kinder im Kindergartenalter bis in das Jahr 1998 und danach der Kinder im Hortalter. (Inzwischen macht sich der Trend naturgemäß in den Schulen bemerkbar: In Sachsen-Anhalt etwa sank die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen von gut 250.000 des Jahrgangs 2003/04 auf – prognostizierte – rund 174.700 im Schuljahr 2009/2010). Die Platz-Kind-Relation bei Kindern im Krippenalter sank bis 1998 in den ostdeutschen Bundesländern auf 32 Prozent, mit wieder leicht ansteigender Tendenz bis zum Jahr 2002 (37 %). Für Kinder im Kindergartenalter änderte sich jedoch an der Situation der Vollversorgung nichts. Hier herrscht seit Mitte der 1990er Jahre sogar ein Überangebot an Kindergartenplätzen. In den westlichen Bundesländern war die Ausgangslage 1990 weitaus ungünstiger. Zu den damals sehr wenigen Krippenplätzen (28.000) kamen bis zum Jahr 2002 zwar zusätzliche 22.000 hinzu. Aber die Platz-Kind-Relation verbesserte sich damit nur von ein Prozent auf drei Prozent. Auch die Situation bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen stellte sich 1990 alles andere als optimal dar. Die Platz-Kind-Relation erreichte damals gerade einmal 69 Prozent. Sie verbesserte sich aber bis ins Jahr 2002 um 19 Prozent auf insgesamt 88 Prozent, vor allem auch in-



Kindertagesstätten und Kindererziehung in Ost- und Westdeutschland

Die Entwicklung seit der Einigung

folge des seit 1996 geltenden Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz. Die Versorgung mit Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen ist also durch Kontinuität im Osten und aufholende Verbesserung im Westen gekennzeichnet. Hinter dieser Entwicklung stehen aber deutliche strukturelle und inhaltliche Veränderungen in der Art und Qualität des Betreuungsangebots. So verloren die klassischen Unterbringungsformen in Kinderkrippen und Kindergärten in beiden Landesteilen an Bedeutung. Der Anteil von Kindergärten an allen Kindertagesstätten verringerte sich in Ostdeutschland von 41,4 Prozent im Jahr 1990 bis 2008 auf 10,7 Prozent. In Westdeutschland ging der entsprechende Anteil im gleichen Zeitraum von 82,5 Prozent auf 59,9 Prozent zurück. Auch der Anteil an Kinderkrippen sank in den östlichen Bundesländern stark, während er in den westlichen Ländern seit 1990 auf einem konstant niedrigen Niveau stagniert.

Strukturelle Veränderungen in beiden Landesteilen

Mit diesem Rückgang der klassischen Kinderunterbringungsformen geht ein Aufstieg von kombinierten Einrichtungen einher, die Kinder unterschiedlicher Altersstufen in wechselnder Zusammensetzung betreuen. Der Anteil solcher Angebote erreicht in den östlichen Bundesländern im Jahr 2008 bereits 74 Prozent, in den westlichen Bundesländern 32,7 Prozent. Ein Merkmal dieser Entwicklung ist ein ausdifferenziertes Angebot, welches von gemeinsamer Unterbringung mit behinderten Kindern (integrative Einrichtungen) bis zu Tagesstätten in der Regie von Elterninitiativen reicht. In den ostdeutschen Bundesländern ist diese Ausdifferenzierung des Angebots und auch der pädagogischen Konzepte

zudem mit dem Ausbau von Einrichtungen in sogenannter freier Trägerschaft verbunden. In Zahlen ausgedrückt: Ausgehend von nur vier Prozent Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft 1990 ist dieser Anteil im Jahr 2008 auf 51,9 Prozent angewachsen. In Westdeutschland blieb die Quote den gesamten Zeitraum über nahezu konstant (64 % - 67 %). Der mit dem Stichwort „Freie Träger“ angedeutete Strukturwandel, der im Sektor der Kinderbetreuung in Ostdeutschland 1990 eingesetzt hat, beschreibt den neuerlichen Anschluss an das Traditionsmodell deutscher Sozialpolitik, das in der DDR unterbrochen, in der Bundesrepublik jedoch nach 1945 fortgesetzt worden war. Zu diesem historisch gewachsenen Modell zählen „die sozialpolitischen Leistungen der Wohlfahrtsverbände, die vom Staat finanziell unterstützt werden“ (Schmidt 2007, S. 393). Im Spitzenverband der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege sind die freien Träger, die einen Großteil der öffentlichen Wohlfahrt besorgen, zusammengeschlossen (vgl. Holtmann 2000, S. 196). Verfassungsrechtlich sind sie „durch das Subsidiaritätsprinzip in den Sozialstaat eingebunden“ (Leisering 1999, S. 187). Mit dieser institutionellen Verankerung freier Träger war nach der deutschen Einigung „der Entwicklungspfad eines dualen Systems der freien Wohlfahrtspflege auch in den neuen Bundesländern vorgezeichnet“ (Backhaus-Maul/Olk 1995, S. 98). Indes erhalten hier die in freier Trägerschaft neu aufgebauten Einrichtungen der Wohlfahrtspflege durch die Hand ostdeutscher Akteure ihr eigenes Gepräge: „Die Mehrzahl des ostdeutschen Führungspersonals in Wohlfahrtsverbänden ist bestrebt, moderne Dienstleistungsorganisationen und nicht Weltanschauungsverbände aufzubauen“ (ebd.). Die Kinderunterbringungs-



■ Kindertagesstätten und Kindererziehung in Ost- und Westdeutschland

Die Entwicklung seit der Einigung

angebote sind Teil dieser modernisierten Wohlfahrtspolitik. In der subjektiven Einschätzung der großen Mehrheit der Ostdeutschen hält sich jedoch die Wahrnehmung, dass die öffentliche Kindererziehung/Unterbringung zu Zeiten der DDR besser gewesen sei. Einer aktuellen Erhebung zufolge sind z.B. 68 Prozent aller Sachsen-Anhalter (bei 18-24-Jährigen 55 %) der Meinung, die Betreuung von Kindern habe sich nach 1990 verschlechtert (Sachsen-Anhalt-Monitor 2009, S. 80). Jedoch gilt hier, dass die vermeintlich „guten Seiten der DDR“ mit der Zeit verblasen: Im Jahr 2007 waren es beispielsweise noch 75 Prozent (bei 18-24-Jährigen 81 %), die die Situation in der DDR als besser einschätzten (Sachsen-Anhalt-Monitor 2007, S. 58).

Größte Herausforderung in beiden Landesteilen: Anschlussfähigkeit von Kindergarten und Grundschule herstellen

Die immer noch weit verbreitete ostalgische Verklärung, auch in Hinblick auf Kindererziehung, wird der veränderten Wirklichkeit jedoch wenig gerecht. Verbunden mit der veränderten Struktur und der stärkeren Ausrichtung an den Bedürfnissen von Kindern ist die gänzliche bzw. auch partielle inhaltliche Abkehr von den Prämissen der DDR-Kindererziehung (Zentralisierung, ideologisierte Erziehung, Kollektivierung) eine Errungenschaft der Friedlichen Revolution von 1989. Sozialpädagogische Konzepte, die in der alten Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg vorherrschten (Situationsansatz, Montessori, Waldorf, seit den 1990er Jahren auch Reggio-Pädagogik) wurden in Anpassung an andere Bedingungen seit der Vereinigung beider Landesteile auch in den ostdeutschen Bundesländern aufgegriffen. Der Prozess der Ablösung von alten

Erziehungskonzepten war jedoch für viele Erzieherinnen sehr schmerzhaft und das verbleibende Personal musste sich die aus seiner Sicht neuen Konzepte relativ rasch aneignen. In der Konfrontation mit der westdeutschen Kindergartenrealität konnten Irritationen zudem nicht ausbleiben, übrigens auch auf westdeutscher Seite, gegenüber der ostdeutschen Praxis. So wurden beispielsweise von ostdeutschen Kindererzieherinnen die in westdeutschen Kindergärten herrschenden Bedingungen kritisiert (vermeintlich mangelnde Hygiene und Sicherheitsvorkehrungen, teilweise chaotische Unordnung etc., schwache Passfähigkeit von Kindergarten und Grundschule). Westdeutsche Beobachter bemängelten hingegen die starke Regelorientierung der ostdeutschen Erzieherinnen und die kollektiven Töpfchenbänke.

Summa summarum offenbaren sich hier Schwächen in beiden Traditionen der Kindererziehung, die durch jeweilige Vorurteile zum Teil überzeichnet werden. Gerade die unzureichende Passfähigkeit von Kindergarten und Grundschule wird aber in den letzten Jahren auf Ebene der Qualität der Ausbildung der Erzieherinnen/Erzieher und den vorherrschenden Bildungskonzepten vor dem Hintergrund des schlechten Abschneidens Deutschlands im internationalen Vergleich (z. B. Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung; IGLU, desgleichen PISA) stark diskutiert. Die inzwischen erfolgte Erstellung von übergreifenden bundeslandspezifischen Erziehungs- und Bildungsplänen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

■ Autor

Ronald Gebauer, SFB 580 (Jena/Halle)

■ Kindertagesstätten und Kindererziehung in Ost- und Westdeutschland

■ Literaturhinweise

- Backhaus-Maul, Holger/Thomas Olk, Transformation der freien Wohlfahrtspflege. In: Karl-Dieter Keim (Hg.), Aufbruch der Städte, Berlin 1995.
- Daseking, Monika/Marijke Oldenhagem/Franz Petermann (2008), Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule – eine Bestandsaufnahme. In: Psychologie in Erziehung und Unterricht, Zeitschrift für Forschung und Praxis, H. 2/2008, Kompetenz- und Leistungsdiagnostik zum Schuleintritt, Jg. 55, S. 84-99.
- Fürnberg, Ossip/Everhard Holtmann/Tobias Jaeck, Sachsen-Anhalt-Monitor 2007. Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit, Halle 2007.
- Hoffmann, Hilmar (1997), Zwischen Kontinuität und Diskontinuität. Zur Geschichte der Kindergartenpädagogik in der DDR. In: Monika Müller-Rieger (Hg.), „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht ...“. Zur Geschichte des Kindergartens in der DDR. Argon, Berlin, S. 19-40.
- Holtmann, Everhard (Hg.), Politik-Lexikon, Stichwort „Freie Träger“, 3. Auflage München und Wien 2000, S. 196.
- Holtmann, Everhard/Tobias Jaeck/Kerstin Völkl, Sachsen-Anhalt-Monitor 2009. Werte und politisches Bewusstsein 20 Jahre nach dem Systemumbruch, Halle 2009.
- Laewen, Hans-Joachim (1997), Auf dem Weg zu einer neuen Erziehung jenseits der Grenzen DDR-BRD. In: Monika Müller-Rieger (Hg.), „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht ...“. Zur Geschichte des Kindergartens in der DDR. Argon, Berlin, S. 117-128.
- Leisering, Lutz (1999), Der deutsche Sozialstaat. In: Thomas

Ellwein/Everhard Holtmann (Hg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland (PVS-Sonderheft 30/1999), S. 181-192.

Müller-Rieger, Monika (1997), Es kann doch nicht alles falsch gewesen sein – oder? In: Dies. (Hg.), „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht ...“. Argon, Berlin, S. 11-18.

Reyer, Jürgen/Heidrun Kleine (1997), Die Kinderkrippe in Deutschland. Sozialgeschichte einer umstrittenen Einrichtung. Lambertus, Freiburg im Breisgau.

Schmidt, Hans-Dieter (1997), Zwischen Obhut und Förderung, Lenkung und Einengung. Kindbild-Varianten in der DDR-Gesellschaft. In: Monika Müller-Rieger (Hg.), „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht ...“. Argon, Berlin, S. 41-52.

Schmidt, Manfred G (2007), Das Politische System Deutschlands, München.

Schwarz, Gislinde (1997), „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht ...“ Mütter und Berufskarrieren. In: Monika Müller-Rieger (Hg.), „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht ...“. Argon, Berlin, S. 53-74.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007), Kindertagesbetreuung regional 2006. Ein Vergleich aller 439 Kreise in Deutschland.

Statistisches Bundesamt (2004), Kindertagesbetreuung in Deutschland. Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten. 1990 – 2002. Presseexemplar.



■ Kindertagesstätten und Kindererziehung in Ost- und Westdeutschland

Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Ost- und Westdeutschland in freier Trägerschaft
Angaben in Prozent, jeweils ohne Berlin

	Jahr	Ost	West
	1990	4,4	67,3
	1994	16,2	66,1
	1998	29,5	65,6
	2002	39,5	64,3
	2006	47,7	65,8
	2007	49,7	66,5
	2008	51,9	67,5

Quellen: Kindertagesbetreuung in Deutschland, Einrichtungen, Personal und Kosten, 1990 - 2002, Statistisches Bundesamt, 2004, S. 56 f., S. 60, Tabellen A1.2, A1.3, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, 2006, 2007, 2008, Statistisches Bundesamt, jeweils Tab. LT1